

Mitteilung an die Presse 10.09.2008

## **FERNWÄRMEPFLICHT = FERNWÄRMEZWANG Warum werden Fragen nach der Begründung als überflüssig abgetan?**

Wer in einer freiheitlichen Demokratie Maßnahmen mit Zwang durchsetzen will, hat die Pflicht, die Gründe öffentlich namhaft machen: Das gehört zum politischen Stil!

Der Oberbürgermeister, Dr. Gert Hoffmann, sowie der Fraktionsvorsitzende der SPD, Manfred Pesditschek, befürworten den Fernwärmezwang. Beide vermitteln, die Fernwärme aus dem Heizkraftwerk Mitte würde deutlich weniger Luftschadstoffe und klimarelevante Gase als die Wärme aus den innerstädtischen und innenstadtnahen Einzelheizungen verursachen.

Fakt ist: Für derartige Aussagen hat die Stadt Ihren Bürgern nach wie vor keine nachvollziehbaren Belege unterbreitet. Sie müsste nachweislich deutlich machen, wie sich die jeweiligen Schadstoff- und Klimabelastungen zueinander verhalten.

Der Oberbürgermeister wird in der Braunschweiger Zeitung vom 9. Juli 2008 mit den Worten zitiert: „Eine Debatte über ökologische Vorteile halte ich nicht für notwendig.“ Und Ratsherr Pesditschek lässt in der neuen Braunschweiger vom 7. September 2008 verlauten: „Hausbrand trägt wesentlich zur Feinstaubbelastung bei.“

Erst wenn dazu amtliche Zahlen in einer vergleichenden Gegenüberstellung vorliegen, kann geklärt werden, ob der hohe Preis eines Fernwärmezwangs gerechtfertigt ist. 40 Mio. Euro Steuermittel sollen für eine Monopolisierung der Wärmeversorgung eingesetzt werden. Das wirtschaftliche Risiko einer Investition in der Höhe von 100 Mio. Euro würde auf die Bürger abgewälzt. Zukünftige Generationen wären von innovativen Entwicklungen abgeschnitten.

Das [fern]wärmeforum bittet seit einem Jahr die Verwaltung, die Fraktionen und einzelne Ratsmitglieder um eine nachvollziehbare Begründung des Fernwärmezwangs. Sowohl der Oberbürgermeister als auch die Fraktionsvorsitzenden, Manfred Pesditschek (SPD) und Wolfgang Sehrt (CDU), haben dem [fern]wärmeforum entsprechende Informationen in Aussicht gestellt, sobald in Berlin die Klimaschutzförderung verabschiedet ist.

Bereits vor zwei Monaten hat der Bundestag die Modalitäten der Klimaschutzförderung beschlossen – nun wird die von Bürgern erhobene Forderung der Begründung des Fernwärmezwangs als überflüssig erklärt. Gegenüber der „neuen Braunschweiger“ spricht Manfred Pesditschek von „vielen falschen Gedanken“, die die Diskussion beherrschen.

Das [fern]wärmeforum kann in der Bitte um eine fundierte Begründung des Fernwärmezwangs keine falschen Gedanken erkennen.

Nunmehr stellt das [fern]wärmeforum an die Verwaltung und den Rat der Stadt Braunschweig nochmals die Frage: Wie verhalten sich die Luftschadstoff- und CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Heizkraftwerk Mitte einerseits und den Einzelheizungen im geplanten Fernwärmezwangsgebiet andererseits zueinander?